

DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE REPUBLIK
IN DEN AKTEN DER DEUTSCHEN
WAFFENSTILLSTANDSKOMMISSION VON 1919

Von Frank Hadler

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht einmal mehr die Anfangsphase der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Untersucht werden sollen jene sechs Monate, die zwischen der Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz Mitte Januar und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland Ende Juni 1919 vergangen sind.

Für die Republik von Weimar wie auch für die der Tschechen und Slowaken war dieses halbe Jahr ein Zeitabschnitt von entscheidender Bedeutung, und das sowohl für die weitere Existenz der Staaten selbst als auch für die Gestaltung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Während Deutschland aus der Position des großen Verlierers heraus versuchte zu retten, was zu retten war, präsentierte sich die gerade erst geschaffene Tschechoslowakei als Siegerstaat mit beträchtlichen Ambitionen. Die Ausgangslagen, von denen aus beide Nachbarstaaten ihren Weg durch das *Peacemaking* von 1919 antraten, unterschieden sich somit beträchtlich.

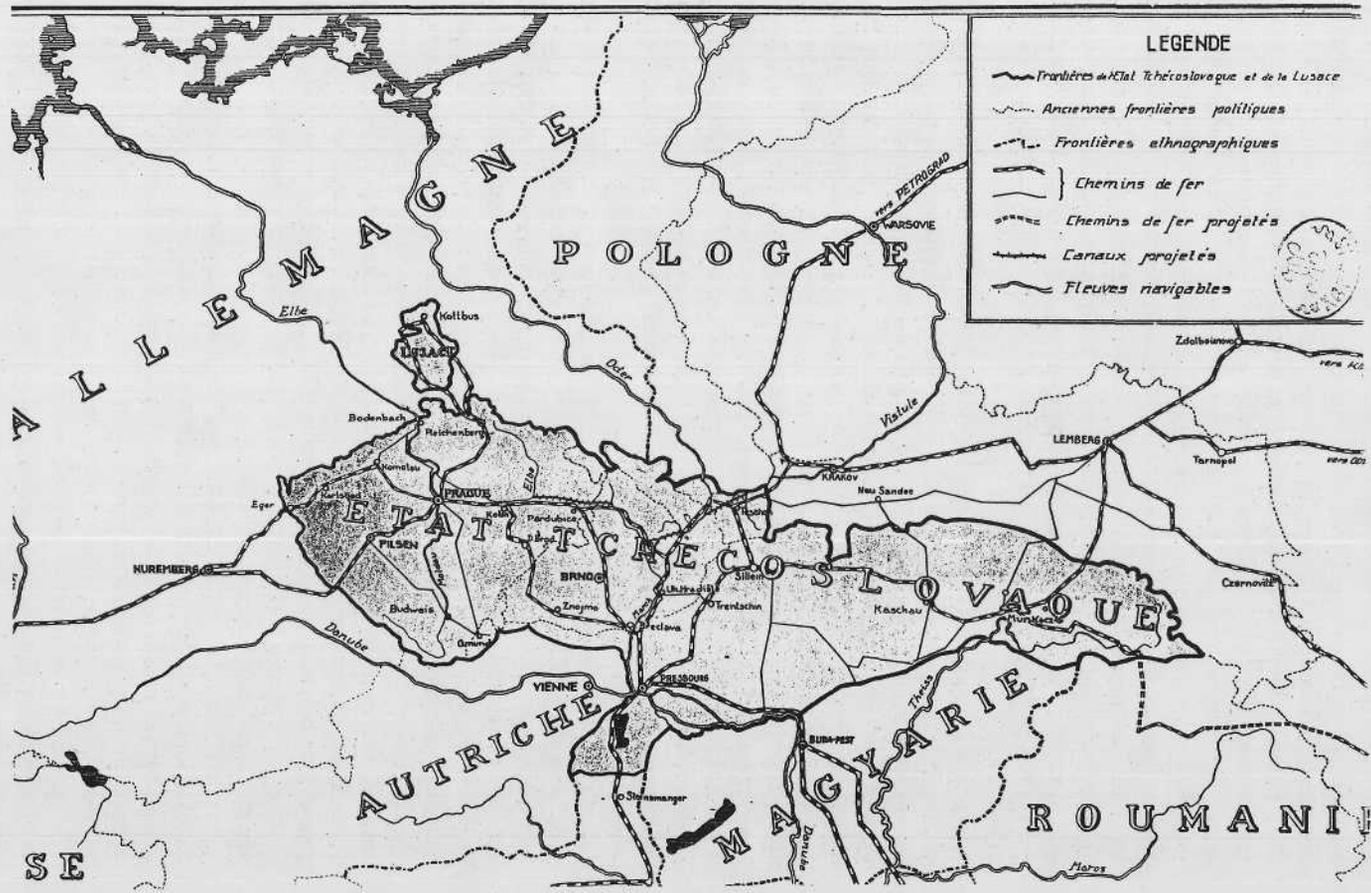
Noch bevor die in Paris versammelten Friedensmacher darangingen, sich mit dem Deutschland-Frieden zu befassen, ließen sie sich die Forderungen der mit ihnen alliierten und assoziierten kleinen Sieger vortragen. Für die Tschechoslowakei tat das ihr Außenminister Edvard Beneš.

Am 5. Februar 1919 hatte er dreieinhalb Stunden lang die Gelegenheit, dem Rat der Zehn den gesamten Katalog der tschechoslowakischen Forderungen darzulegen. Zur Veranschaulichung dieser Forderungen übergab er der Konferenzleitung eine Karte, die die *Position internationale de la République Tchèqueoslovaque* darstellte (siehe umseitig). Die Vorlage stammt aus dem Nachlaß des Historikers Jan Kapras, der als Fachmann für rechtshistorische Fragen Mitglied der tschechoslowakischen Friedensdelegation war.

Die auf der Karte festgehaltenen Grenzlinien des *État Tchèqueoslovaque* zeigen, daß das vornehmliche Ziel der tschechoslowakischen Regierung auf der Friedenskonferenz darin bestand, ihren territorialen Machtbereich innerhalb möglichst weit gesteckter Grenzen international festschreiben zu lassen. Die diesbezüglichen strategischen Überlegungen waren sowohl von der Friedensdelegation in Paris als auch von Regierung in Prag entwickelt und in insgesamt 11 Memoranden niedergelegt worden. Deutschland spielte darin in mehrfacher Hinsicht eine Rolle. Von Grenzberichtigungen „auf Kosten Deutschlands“ war die Rede und von einer „heiligen Pflicht“, sich um die auf deutschem Staatsgebiet lebenden, von der „Ausrottung“ bedrohten „Lautsitzer Wenden“ zu „kümmern“¹.

¹ Die Tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/20. Hrsg. von Hermann Raschöfer. Berlin 1937, 35, 37.

POSITION INTERNATIONALE DE LA RÉPUBLIQUE TCHÉCOSLOVAQUE



Diese Forderungen der tschechoslowakischen Politik blieben auf seiten Deutschlands nicht ohne Beachtung. Die deutsche Presse des Jahres 1919 und die Bestände der einschlägigen deutschen Archive geben darüber Auskunft. In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche Arbeiten über die Anfänge der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen entstanden, die auf diesen Materialien basieren. Einigen dieser Arbeiten ist jedoch anzumerken, daß ihre Autoren von dem Wissen um die späteren Entwicklungsphasen der wechselvollen Beziehungsgeschichte (Münchener Abkommen, Protektorat Böhmen und Mähren, Vertreibung der Sudetendeutschen) beeinflusst worden sind. Das generelle Problem einer finalen Sicht auf historische Prozesse wird somit in bezug auf die Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen besonders deutlich. Vor allem bei der Untersuchung der Anfänge dieser Beziehungen kommt es darauf an, später nachweisbare Prioritäten nicht zu früh in Anschlag zu bringen.

So wurde Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1919 von der tschechoslowakischen Politik keinesfalls für das alles bestimmende Problem gehalten, und auch umgekehrt war die Tschechoslowakei in der Zeit der Pariser Friedenskonferenz nur *ein* und dazu kein vorrangiges Thema der deutschen Politik. Während sich Prag außenpolitisch auf die Teschener Frage, die Grenzziehung im Süden der Slowakei und das mit einem ständigen Buhlen um die Gunst der Siegermächte verbundene Streben nach Reparationen konzentrierte, zeigte man sich in Berlin an der Zukunft Elsaß-Lothringens und des Danziger Gebietes weit mehr interessiert als an den tschechoslowakischen Forderungen nach den Gebieten von Glatz und Ratibor. Auch die Frage der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei stellte zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema der deutschen Außenpolitik dar, das von hoher Priorität gekennzeichnet war.

Der Prozeß der außenpolitischen Entscheidungsfindung in Deutschland machte nach Kriegsende die Phase eines tiefgreifenden Umbruchs durch. Ähnlich der sich auf der Friedenskonferenz im internationalen Maßstab abzeichnenden Entwicklung, war auch in Deutschland ein Rückzug der Militärs aus der Außenpolitik wahrzunehmen. Vielleicht ist gerade hierin die Tatsache begründet, daß die Materialien der deutschen Waffenstillstandskommission bislang noch nicht systematisch für die Untersuchung der Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen ausgewertet worden sind. Erschwerend kommt sicher hinzu, daß die Haltung der Tschechoslowakei Deutschland gegenüber offenbar auch für die Waffenstillstandskommission kein gesondert zu behandelndes Thema darstellte. Die über den Nachbarstaat Anfang 1919 zusammengetragenen Nachrichten waren Bestandteile jener Berichte, die die „Feindlage im Osten“ zum Gegenstand hatten.

Aus den Akten der deutschen Waffenstillstandskommission geht hervor, daß der „Große Generalstab“ in Berlin hinsichtlich der Tschechoslowakei vor allem über folgende Themenbereiche informiert worden ist: 1. über den Aufbau und die Ausrüstung der tschechoslowakischen Streitkräfte, deren Konzentration an den deutschen Grenzen sowie über mögliche Militäraktionen gegen deutsches Territorium, 2. über das tschechoslowakische Interesse an den Lausitzer Sorben, 3. über die Behandlung der sudetendeutschen Bevölkerung durch den tschechoslowakischen Staat und 4. über das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken.

Bevor die genannten Themenkreise im einzelnen behandelt werden, sei ein Wort über die Aktenlage eingeflochten. Die in den Materialien der deutschen Waffenstillstandskommission vorhandenen Informationen über die Tschechoslowakei befinden sich in Berichten, die die in Berlin ansässige „Zentralstelle Grenzschutz Ost“ zunächst nur sporadisch verfaßte. Erst beginnend mit dem Monat März 1919, erstellte man an gleicher Stelle regelmäßige „Berichte über die militärpolitische, politische und wirtschaftliche Lage in den deutschen Ostgebieten und den angrenzenden Randstaaten“, zu denen auch die Tschechoslowakei gezählt wurde. Bis zum Juli 1919 wurden davon insgesamt 20 geschrieben. Inwieweit diese Berichte in den Prozeß von außenpolitischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der deutschen Politik in bezug auf die Tschechoslowakei Eingang gefunden haben, ist anhand der eingesehenen Materialien nicht nachzuvollziehen. Es ist jedoch gut möglich, daß sie eine gewisse Rolle gespielt haben, denn der Informationsfluß von Prag nach Berlin war durch die Anweisung des deutschen Generalkonsuls von Gebattel (wegen einer Spionageaffäre) Ende Februar 1919 zwischenzeitlich ins Stocken geraten. Wer die Meldungen über die Tschechoslowakei verfaßt hat, ist wohl nicht eindeutig zu ermitteln. Fest steht indes, daß die ungezeichneten Berichte Informationen enthielten, die im Auftrag deutscher Militärstellen zusammengetragen worden sind und daß sie somit eine spezifische Form der Wahrnehmung der Ersten Tschechoslowakischen Republik in Deutschland widerspiegeln. Gerade hierin liegt der Quellenwert der im Bundesarchiv Potsdam einsehbaren Akten der deutschen Waffenstillstandskommission für die Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen.

*Die vermeintliche Gefahr eines tschechoslowakischen „Einfalls“
in Sachsen und Schlesien*

In einem Anfang Februar 1919 zusammengestellten „Monatsbericht über die militärpolitische Lage an der Ostgrenze“ ist unter dem Stichwort „Tschechen“ folgendes zu lesen: „Die weltpolitischen Vorgänge des Monats“ – also die Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris – „haben auf die Gestaltung der tschechischen Frage stark eingewirkt. Nach der großen Umwälzung gegen Ende des letzten Jahres hatte sich der tschechische Staat in bemerkenswert kurzer Zeit als eine durchaus bürgerlich orientierte Republik mit geordneten Zuständen gebildet. Diese innere Festigkeit hatte ihm die umfangreichen Rüstungen erlaubt und sein offensives Vorgehen an einzelnen Teilen seiner Fronten ermöglicht. Die in Schlesien und Sachsen vielfach geäußerte Sorge von einem tschechischen Einfall erschienen damals voll berechtigt [...] Die tschechischen Expansionspolitiker schwärmen zwar noch immer von maßlosen Eroberungsplänen, in die sie fast die ganze Provinz Schlesien links der Oder einbeziehen, (und das) trotzdem schon im eigenen Lande die Behauptung der tschechischen Ansprüche durch die energische Gegenwehr der Deutsch-Böhmen erschwert ist.“² Da die Kräfte der tschechoslowakischen Truppen zu diesem Zeitpunkt bereits in der Ausein-

² Bundesarchiv Potsdam (BAP), Waffenstillstandskommission (WaKo), Nr. 564, Bl. 13.

andersetzung mit Polen um das Teschener Gebiet gebunden waren und in den reichsdeutschen Gebieten zudem von einer in Berlin befürchteten tschechischen Bewegung „noch immer keine Rede“ sein konnte, schlußfolgerte man, daß für Sachsen und Schlesien nun keine Gefahr mehr bestand.

Diese Einschätzung wurde am 12. Februar in einen geheimen Bericht an den Großen Generalstab bekräftigt. „Die in letzter Zeit mehrfach gemeldete Verstärkung des tschechischen Grenzschutzes gegenüber der sächsischen Grenze soll erfolgt sein, um gegen die Wahl zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung, unter Umständen mit Gewalt“ – was drei Wochen später traurige Wahrheit wurde –, „einschreiten zu können. Die Angaben sind glaubhaft, da militärische Operationen gegen Sachsen zur Zeit nicht wahrscheinlich sind.“³ In diesem sowie zwei weiteren Berichten ist darüber hinaus zu lesen, daß die Truppenkonzentrationen „in erster Linie innenpolitische Gründe“ hatten, von denen drei genannt wurden: a) „die Absicht strenger Überwachung des zunehmenden Lebensmittelschmuggels“, b) die Nutzung der Truppen „gegen das Einreisen spartakistischer Elemente“ und c) die in Prag getroffene Festlegung, daß die Soldaten in ihren Garnisonen zu wählen haben, was, mit Blick auf die bevorstehenden Gemeindewahlen, besonders in den nord- und westböhmisches Kohlrevieren zu einem höheren Anteil tschechischer Stimmen führen sollte.

Die in den zitierten Berichten getroffenen Einschätzungen der inneren Lage und der Rolle der Armee in der Tschechoslowakei kamen der Realität sehr nahe. Die Feststellung, daß von tschechischem Gebiet aus keine militärischen Operationen gegen deutsches Staatsterritorium zu erwarten waren, entsprach den Tatsachen.

Das tschechoslowakische Interesse für die Sorben der Ober- und Niederlausitz

Der schon erwähnte Monatsbericht von Anfang Februar geht auf diesen Themenkomplex gesondert ein. Unter dem Stichwort „Wenden“ ist zu lesen: „Im Bereiche der tschechischen Front hat sich in den letzten Wochen eine neue politische Front gebildet. Es sind die in der preussischen und sächsischen Lausitz angesessenen Wenden, die zur nationalen Offensive gegen das Reich übergegangen sind oder, richtiger gesagt, von außen her zu ihr geschoben werden. Die zur Zeit nicht mehr als 160 000 Seelen zählende und nach den statistischen Feststellungen immer mehr abnehmende Stammesgemeinschaft ist in den von ihnen bewohnten reichsdeutschen Gebieten so verstreut angesiedelt, daß die Gefahr einer wirksamen Erhebung aus eigener Kraft zur Zeit nicht besteht. Es ist sehr bezeichnend, daß der Aktionsmittelpunkt der wendischen ‚Bewegung‘ in Prag liegt [...]. So ging in den ersten Januartagen die Meldung durch die Presse, daß die Losreißung einer selbständigen Wendenpolitik mit der Anlehnung an Tschecho-Slowakien für die allernächste Zeit bevorstehe.“⁴ In weiteren Teilen des Berichtes war die Rede von einer zielbewußten „Aufputschung des wendischen Nationalgefühls durch tschechisch beeinflusste Hetze“ und der Notwendigkeit, die „heute noch in den Anfängen steckende Agitation“ wachsam zu verfolgen.

³ BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 45.

⁴ BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 14.

Beneš war in seiner Rede vom 5. Februar in der Tat auf die Sorbische Frage eingegangen. Auch die beigegefügte Karte hebt das von den Sorben bewohnte Gebiet hervor. Ihr ist zu entnehmen, daß eine territoriale Verbindung zwischen den Lausitzen und der Tschechoslowakei nicht vorgesehen war, denn diese wäre nach internen Untersuchungen der tschechoslowakischen Friedensdelegation an der schmalsten Stelle ganze 6 km breit und somit nicht zu verteidigen gewesen. In den strategischen Überlegungen Prags spielte die Lausitz dennoch eine Rolle. Die folgende Passage stammt aus einem jener insgesamt über 300 von der tschechoslowakischen Friedensdelegation erarbeiteten „Elaborate“, deren systematische Auswertung noch aussteht.

„Die Verselbständigung der Lausitz und ihre militärische Anlehnung an Böhmen hätte herausragende strategische Bedeutung. Das Lausitzer Gebiet ist nämlich das zentrale Aufmarschgebiet für einen Feldzug nach Böhmen von Norden her. [...] Der Lausitz als alliierter Staat würde die Aufgabe zufallen, wenigstens teilweise das Vorgehen der Deutschen in dieser Richtung zu erschweren – und außerdem die operative Verbindung zwischen Sachsen und Oberschlesien zu unterbrechen. Dadurch, daß das überaus wichtige Sammlungsgebiet der Deutschen in der Lausitz wegfällt, verbessert sich die strategische Stellung Böhmens wenigstens in den ersten Tagen einer Mobilmachung [...]“⁵

Die Berliner „Zentralstelle Grenzschutz Ost“, der diese Überlegungen augenscheinlich unbekannt geblieben waren, ging auf das Problem des tschechoslowakischen Vertretungsanspruchs für die Sorben noch einmal in ihrer Tagesmeldung vom 17. Februar ein. Unter Berufung auf ein Interview Benešs mit der „Morning Post“ verwies man darauf, daß die Tschechen die Sorben nicht für sich reklamierten, sondern die Friedenskonferenz „bäten“, „die nichtdeutsche Nationalität nicht im deutschen Meere untergehen zu lassen“⁶. Damit ließ man es offenbar bewenden, zumal bereits ein paar Tage zuvor aus der sächsischen Gesandtschaft folgendes mitgeteilt worden war: „Wir glauben, daß die tschecho-slowakische Regierung nicht nach Sachsen einzufragen beabsichtigt. Die Lausitzer Frage kann das Verhältnis der beiden Staaten nicht trüben.“⁷

Die Deutschen in der Tschechoslowakei

Die Behandlung der deutschen Bevölkerung in „Tschechien“ – der Begriff „sudetendeutsch“ wurde in den Meldungen nicht verwandt, die sich heute langsam durchsetzende Kurzbezeichnung „Tschechien“ hingegen häufig – war Gegenstand zahlreicher Berichte. Um die Haltung der tschechoslowakischen Staatsführung in Erfahrung zu bringen, hatte einer der Berichterstatter Präsident Masaryk auf dem Hradschin aufgesucht. „Deutsch-Böhmen müsse“ – so erfuhr er dort – „mit dem tschechoslowakischen Staate für immer verbunden bleiben. Deutsch-Böhmen liege innerhalb der historischen Grenzen des alten Königreiches. Der tschecho-slowakische Staat könne

⁵ Elaborat 102, o. D., Archiv Ministerstva zahraničních věcí [Archiv des Außenministeriums (Prag)], Mírová konference a reparace, inv. č. 9, krab. 2.

⁶ BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 85.

⁷ BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 38f.

eine Amputation nicht vertragen. [...] Im übrigen könnten die Deutschen über ihr Schicksal ganz beruhigt sein, die Kreiseinteilung, die beabsichtigt sei, gebe ihnen volle Garantie dafür, daß sie sich wirtschaftlich und kulturell frei entwickeln können. Der größte Teil der Deutschen habe sich auch bereits mit den Verhältnissen abgefunden, besonders die Industrie sei damit einverstanden.“⁸

Unmittelbar nach den blutigen Ereignissen des 4. März, die nach Hans Lemberg in den folgenden Jahren „die Bedeutung eines geschichtlichen Marksteines“ annahmen⁹, traf in Berlin über „Tschechien“ folgender Bericht ein: „Im Inneren Tschechiens wird das Deutschtum nach Kräften bekämpft. Die Tschechen beschäftigen sich mit Plänen systematischer Tschechisierung Deutsch-Böhmens. Sie wollen zunächst eine Auswanderung der Deutschen in größtem Maßstabe erzielen und zwar derart, daß sie den deutsch-böhmischen Arbeitslosen lohnende Arbeit in Serbien und Montenegro in Aussicht stellen.“ Sogenannte „Auswanderungsagenten“ seien unterwegs, und noch im Frühjahr könnten ca. 30000 Tschechen aus den USA ankommen, die in den deutsch-böhmischen Gebieten angesiedelt werden sollen¹⁰. Akten aus Prager Archiven, die belegen könnten, daß es derartige Bestrebungen der tschechoslowakischen Regierung gegeben hat, sind bislang nicht aufgetaucht.

Während die Berichte der „Zentralstelle Grenzschutz Ost“ über Tschechien im März von dem Tenor: „Das Deutschtum wird nach wie vor allenthalben bekämpft“ geprägt waren, finden sich ab April zunehmend Bemerkungen, die davon ausgehen, daß die sudetendeutsche Frage durch die Ereignisse in Ungarn (Räterepublik) in den Hintergrund getreten war. Am 21. Juni, als die ungarischen Truppen große Teile der Slowakei besetzt hielten, entstand der folgende Bericht: „Die Regierung sucht der wachsenden Erregung durch entgegenkommende Versprechungen Herr zu werden. Journalisten gegenüber äußerte sich auch Masaryk in diesem Sinne: Man müsse den Deutsch-Böhmen alles konzidieren, was ihnen rechtmäßig gebühre und dürfe nicht in die alte österreichische Methode ratenweiser Zugeständnisse oder von der Not der Zeit abgerungener Kompensationen verfallen. Die Deutschen müßten von der Sorge um die Sicherung ihres Volkstumes befreit werden. Sein sehnlichster Wunsch sei, die Sprachenfrage in Böhmen zu lösen, denn die Tschechen hätten am eigenen Leibe erfahren, was die planmäßige Zurücksetzung der Muttersprache bedeutete. So sollten die Banknoten neben dem tschechischen auch mit deutschem Text bedruckt werden. Bei der Auswahl der Militäruniform sei bereits auf die Gefühle der Deutschen Bedacht genommen. Eine neue Volkshymne müsse geschaffen werden, welche auf alle Staatsbürger passe.“¹¹

⁸ BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 51. Diese Aussage deckt sich mit zeitgleich erstellten diplomatischen Berichten der deutschen Gesandtschaft in Prag, Manfred Alexander: Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil I. München-Wien 1983.

⁹ Hans Lemberg: Das östliche Europa 1919. In: Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. Hrsg. von Hans Lemberg und Peter Heumos. München 1993, 33.

¹⁰ Bericht Nr. 1 über die militärische, politische und wirtschaftliche Lage in den deutschen Ostprovinzen und den angrenzenden Randstaaten (1.–8.3.1919). BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 241 RS.

¹¹ Bericht Nr. 16 (14.–20.6.1919), BAP, WaKo, Nr. 565, Bl. 273 RS–274.

Dies waren beachtliche Worte, an deren Aufrichtigkeit dann auch sofort gezweifelt wurde, indem man auf das „Gebot der augenblicklichen Notlage“ verwies. Als diese sich einen Monat später entspannt hatte (die ungarischen Truppen waren zurückgeschlagen, in Prag gab es eine neue Regierung, Deutschland hatte den Vertrag von Versailles unterzeichnet), kam die Berliner „Zentralstelle“ noch einmal auf die Ausführungen Masaryks zurück. Der Bericht, aus dem abschließend zu diesem Themenkreis zitiert werden soll, verknüpft die Behandlung der deutsch-böhmischen Bevölkerung durch den Tschechoslowakischen Staat mit der Frage nach den Beziehungen Deutschlands zu diesem Staat. „In Prag scheint sich die Auffassung durchzusetzen, daß der innige Anschluß an die Westmächte bisher nur zu einem Milliardendefizit geführt hat und daß eine Verständigung mit Deutschland zweckmäßig ist. Voraussetzung hierzu ist ein von den sozialdemokratischen Parteigenossen des neuen Ministerpräsidenten [Vlastimil Tusar – F. H.] von jeher befürwortetes Einlenken gegenüber den Deutsch-Böhmen. Die maßvolle Haltung, die Tusar bisher jederzeit bewiesen hat, läßt erhoffen, daß er die Worte des Präsidenten Masaryk – den Deutschen Tschechiens zu gewähren, was ihnen gebühre – zur Wahrheit machen wird.“¹²

Das Verhältnis von Tschechen und Slowaken

Das Interesse der deutschen Militärs an dieser rein innertschechoslowakischen Frage entsprang dem Bestreben, in Erfahrung zu bringen, wie viele Truppen in der Slowakei, also fern der deutschen Grenzen, gebunden waren und wie viele Soldaten dort ausgehoben werden konnte. In einer von der „Abteilung Fremde Heere“ des Großen Generalstabes in Berlin am 1. März 1919 erstellten Monatsübersicht wird berichtet, daß die Besetzung der Slowakei durch tschechische Truppen planmäßige Fortschritte gemacht hätte, der Erfolg bei der Neuaufstellung von Kampfeinheiten jedoch gering sei. Der sich daraus anschließende Situationsbericht konstatiert eine tschechenfeindliche Aufstandsbewegung der Slowaken, deren weiteres Ausbreiten „die Entsendung zuverlässiger Truppen dorthin notwendig mache(n) (könnte)“¹³.

Zwei Wochen später wurde über Tschechien folgendes gemeldet: „In der Slowakei herrschen vollends traurige Zustände. Das tschechische Militär soll in allen Ortschaften Lebensmittel requirieren, so daß die Bevölkerung sehr erbittert ist. [...] In Kaschau haben die Arbeiter erklärt, sie wollen so lange streiken, bis die Tschechen die Stadt räumen. Die Tschechen wollen die Arbeiter mit Gewalt zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen, und haben 30 angesehene Bürger der Stadt verhaftet.“¹⁴

Ende Juni schließlich, als unter dem Schutz der ungarischen Rotgardisten für kurze Zeit eine Slowakische Räterepublik existierte, wurden diese Vorgänge in Berliner Militärkreisen mit den zwischen Tschechen und Slowaken beobachteten Auseinandersetzungen in Zusammenhang gebracht. „Der von Tschechien losgerissene Teil

¹² Bericht Nr. 20 (21.–28. 7. 1919), BAP, WaKo, Nr. 565, Bl. 368 + RS.

¹³ Monatsübersicht Tschechen, Großer Generalstab, Abt. Fremde Heere. Berlin, 1. 3. 1919. BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 204 RS.

¹⁴ Bericht Nr. 2 (9.–15. 3. 1919), BAP, WaKo, Nr. 564, Bl. 292.

der Slowakei“ – ist dort zu lesen – „hat sich inzwischen als selbständige Räterepublik erklärt.“¹⁵

Die deutsche Bevölkerung in der Slowakei spielte keine Rolle in der Berichterstattung über diesen Teil der Tschechoslowakei. Da man in der Prager Militärführung zu diesem Zeitpunkt offenbar darauf bedacht gewesen war, möglichst viele Slowaken in den Truppenteilen einzusetzen, die die Sudetengebiete besetzt hatten und besetzt hielten, beobachtete man in Berlin besonders deren Verhalten. Mit einer gewissen Genugtuung wurde hier konstatiert, daß sich die zwischen Tschechen und Slowaken vertiefenden „Gegensätze“ nicht zuletzt darin widerspiegelten, daß sich die „slowakischen Truppen in Deutschböhmen (dagegen) verwahren, als Tschechen angesehen zu werden“¹⁶.

Die vier behandelten Themenkomplexe hingen natürlich untrennbar miteinander zusammen. Sie sind in diesen Ausführungen voneinander getrennt beleuchtet worden, um im einzelnen zu zeigen, was man während der Monate Januar bis Juni 1919 in Deutschland jenseits der diplomatischen Kanäle von der Tschechoslowakei wahrgenommen hatte. Die in den Beständen der deutschen Waffenstillstandskommission eingesehenen Meldungen über Tschechien spiegeln einen gewissen Realitätssinn der deutschen Militärstellen wider und vervollständigen auf spezifische Weise die Kenntnis über das zu Beginn der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen in Berlin vorhandene Bild der Ersten Tschechoslowakischen Republik.

¹⁵ Bericht Nr. 17 (21.–27. 6. 1919), BAP, WaKo, Nr. 565, Bl. 288 f.

¹⁶ E b e n d a, Bl. 289 RS.